

Wirtschaft, Sozialpolitik und Umwelt : die Kuh ist wohlgenährt

Autor(en): **Meyer, Kurt**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **62 (1983)**

Heft 11

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340033>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

wollte, weil sie sich der Dimension einfachen Denkens zu entziehen schienen.

Die Mischung aus Journalismus und (immer wieder frappierendem) dichterischem Gehalt und Können, Zynismus und plötzlicher, fast schockierender Zartheit ist womöglich das, was sich die Oktoberrevolution von der «neuen» russischen Dichtung versprochen hatte. Nicht nur die Sammlung und Weitergabe von Fakten und Zusammenhängen, sondern ihren Zusammenhalt durch Schriftsteller, die auch beschreiben können, wie ein Einzelner zum Beispiel eine Nacht spürt. Ehrenburg war gewiss nicht jener Kraftmeier, den sich gewisse Kritiker unter einem sozialistischen Realisten gern und einfach vorstellen.

Es ist im übrigen die Voraussetzung, die das Buch, das ja bereits 1929 geschrieben wurde, so frisch und aktuell und «modern» in vieler Hinsicht erhalten hat. Am Leben der Autos mag sich einiges zum Schlimmeren und Ausweglosen entwickelt haben; eine eindeutiger und in gewisser Weise auch schönere Abhandlung über ihre Geschichte und «Geschöpfung» gibt es sicher nicht.

Ilja Ehrenburg. Das Leben der Autos. Roman. Cotta's Bibliothek der Moderne. Bd. 16. Klett-Cotta Verlag 1983

Aus Ehrenburg: «Das Leben der Autos»

Das Auto arbeitet rechtschaffen. Noch lange vor seiner Geburt, da es noch aus nichts weiter als Metallschichten und einem Stoss von Zeichnungen besteht, tötet es bereits sorgfältig malaiische Kulis und mexikanische Arbeiter. Seine Geburtswehen sind qualvoll. Es zerstückelt Fleisch, macht Augen blind, zerfrisst Lungen, nimmt die Vernunft. Schliesslich rollt es zum Tor in jene Welt hinaus, die man vor seinem Dasein die «schöne» nannte. Sofort nimmt es seinem vermeintlichen Beherrscher seine altväterliche Ruhe. Der Flieder welkt, Hühner und Träumer rennen in Agonie hin und her. Das Auto überfährt lakonisch die Fussgänger. Es frisst sich hinein in die Wand eines Schuppens, oder es rast schmunzelnd einen Abhang hinunter. Es ist an nichts schuld. Sein Gewissen ist ebenso rein wie das Gewissen des Herrn Citroën. Es erfüllt nur seine Bestimmung; es ist berufen, die Menschen auszurotten.

(Aus dem Russischen von Hans Ruoff.)

Wirtschaft durch die Sozialbelastungen kaum auf fruchtbaren Boden. Heute ist das anders. Besorgte «Experten» melden sich und nehmen die Finanzierung unseres, wie sie sagen, «total verfahrenen», «auf längere Frist nicht mehr finanzierbaren» Sozialversicherungssystems auf Korn und Kimme. Gerne geben sie sich als Fürsprecher der jüngern Generation aus. Dabei werden mit der Schaufel des Eigennutzes zwischen der ältern und der jüngern Generation bösartig Gräben aufgeworfen, obwohl es auf der Hand liegt, dass jene Menschen in den vergangenen Jahrzehnten die Grundlagen für den heutigen Wohlstand erarbeitet haben. Die *Sozialpolitik* ist also zum zentralen Thema geworden. Sie dürfte es in Zukunft bleiben. Drei Gründe sind dafür ausschlaggebend:

1. Eine weitere Verschärfung struktureller Krisen,
2. konjunkturelle Schwankungen,
3. das Ausklingen des Mengenwachstums durch ökologische Belastungsgrenzen.

Wenn wir *tragfähige* und *realistische* sozialpolitische Forderungen aufstellen, dürfen wir die *Wirtschaft* nicht ausser acht lassen. Sie ist die Kuh, die gemolken wird. Wird eine Kuh schlecht gefüttert, gibt sie wenig Milch mit nur geringem Nährwert. Viel schlimmer ist es, wenn die Kuh nicht gemolken wird. Sie wird nicht lange überleben!

Wir dürfen uns heute nicht mehr nur auf die Betrachtung der Wechselwirkungen zwischen Sozialpolitik und Wirtschaft beschränken. Wir kämen sonst in die Lage jenes Automobilisten, der sich zwar angurtet, mit Kopfstütze fährt, die Kurven geschickt bewältigt, das Aquaplaning meidet, gleichzeitig aber weder Ziel noch Route kennt und nicht weiss, ob ihm das Benzin dem-

Wirtschaft, Sozialpolitik und Umwelt

Die Kuh ist wohlgenährt

Von Regierungsrat Kurt Meyer

1. Einleitung

Der Sozialstaat war bei uns nie eine politische Selbstverständlichkeit. In der Zeit der Hoch-

konjunktur und der Wachstumseuphorie drangen die generischen Stimmen weniger durch und fielen die «Warnungen» vor einem Niedergang der

nächst ausgeht und dass eine Brücke, die er überqueren sollte, beim letzten Unwetter zusammengestürzt ist.

Wir müssen im Sinne einer Überlebensstrategie unsere Überlegungen auf einer Ebene höherer Zielrationalität machen, auf der «Wirtschaft», «Sozialpolitik» und «Schutz der natürlichen Umwelt» die Eckpunkte eines «magischen Dreiecks» bilden.

Ich trete im folgenden auf diese drei Grundgrössen ein und versuche, ihr gegenseitiges Zusammenwirken zu skizzieren. Schliesslich formuliere ich Probleme und Vorschläge zur aktuellen Sozialpolitik.

2. Der ökologische Rahmen

Eine intakte Umwelt ist die Bedingung sine qua non für ein gesundes und langfristiges Überleben von uns Menschen. Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind bei all ihrer grossen Bedeutung in diesen Rahmen einzuordnen.

Wie steht es mit der ökologischen Lage in unserem Land? In den sechziger Jahren erlitt die Schweiz wie alle hochindustrialisierten Länder den *ersten Umweltschock*: die Gewässerverschmutzung. In der Zwischenzeit sind zahlreiche Kläranlagen entstanden. Allein, die Verschmutzung hat auch laufend zugenommen und trotz mehrstufiger Kläranlagen gelangen immer noch gewaltige Mengen chemischer Schadstoffe in unsere Gewässer. Ich gebe ein Beispiel: Jährlich fliessen rund 12 000 Tonnen Phosphor in den Genfersee. Wenn nicht rasch ein Verbot von Phosphaten in Waschmitteln wirksam wird, ist es um dieses riesige Wasser- und Lebensreservoir geschehen. Bereits bis 20 Meter unter dem Wasserspiegel ist dieser See tot. Trotz teilweiser Sanierungserfolge sind *unsere Seen nach wie vor in akuter Ge-*

fahr. Es gibt eine Schreckparade der Verschmutzung, die vom Baldegger- bis zum Neuenburgersee reicht. *Es braucht rasch ein Verbot der Phosphate in Waschmitteln.*

Die Zählung unserer Fliessgewässer durch Betonkorsette und ihre Trockenlegung durch zu geringe Restwassermengen der Kraftwerke haben enorme Ausmasse angenommen. Aus Naturschutzkreisen ist kürzlich eine Volksinitiative «Zur Rettung unserer Gewässer» lanciert worden, die ich jedem ans Herz legen möchte.

Eine neue *Eskalation* im Prozess der Umweltzerstörung kündigt sich seit etwa einem Jahr in unsern Wäldern an. Aufmerksame Waldgänger haben allerdings schon längst die seit Jahren schleichende Gefahr des beginnenden Waldsterbens bemerkt. Die ungeheuren Mengen an Schwefeldioxyd (SO₂) und Stickoxyden (CO₂ und CO) durch Industrie, Heizungen und Autoverkehr werden teils über grossräumige Luftströmungen verfrachtet, teils in direkter Einwirkung zur tödlichen Gefahr für unsere Wälder und zuletzt auch für uns Menschen. Trotzdem: diese Entwicklung kommt nicht überraschend. Der motorisierte Privatverkehr erbringt heute in der Schweiz bereits die enorme Zahl von *80 Milliarden Personenkilometern pro Jahr*. Wir Schweizer legen täglich eine Distanz im Auto oder auf dem Töff zurück, die dem Andert-halbfachen der Entfernung Sonne-Erde entspricht. Diese Zahl ist fünfmal höher als jene der öffentlichen Verkehrsmittel Bahn, Bus, Tram und Flugzeug zusammen. Während die umweltfreundliche Eisenbahn halbleer durch die Gegend fährt, ziehen endlose Lastwagenkolonnen über unsere Autobahnen hinweg. *Es ist unverständlich, dass die bürgerlichen Parteien mit Hilfe der*

Autolobby jede Schwerverkehrsabgabe und damit jede Chance für eine sinnvolle Verkehrsaufteilung zwischen Zug und Auto verhindern. Der Schweizer gibt jährlich mit nahezu 30 Milliarden Franken (unter Einbezug aller relevanten Kostenfaktoren) mehr als doppelt soviel für seinen motorisierten Liebling aus als für seine Gesundheit. Bezeichnenderweise bleiben Meldungen über eine Kostenexplosion im Privatverkehr in unseren Zeitungen aus. Der Beginn des Waldsterbens muss das Fanal für eine neue Verkehrspolitik sein.

Ein *weiterer Indikator* für die fortschreitende Umweltzerstörung in unserem Land: Jede Sekunde geht mehr als ein Quadratmeter Grünfläche durch den Bau von Strassen, Häusern und Industrieanlagen verloren. Die überbordende Bautätigkeit und die Belastung unserer Berglandschaften mit touristischen Einrichtungen werden sich längerfristig als Bumerang für den schweizerischen Fremdenverkehr herausstellen.

Sind wir zu einem Wachstum «bis zum bitteren Ende» verdammt? Entpuppt sich der Selbsterhaltungstrieb, der sich beim frühen Menschen im Anlegen von Vorräten, im Anfertigen von Werkzeugen, kurz in der Kapitalbildung ausdrückte, heute im Zeichen einer ins Unermessliche wachsenden Produktivität als verdeckter Selbstzerstörungstrieb? Sind wir Menschen mit unserer Fähigkeit, bewusst und vernünftig zu handeln, gegen unser eigenes Tun im Sinne der Hegelschen Entfremdung machtlos?

3. Die wirtschaftliche Entwicklung

Der menschliche Erfindergeist, kombiniert mit dem ökonomischen Prinzip der Zielerreichung mit möglichst geringem

Energieverbrauch, einem Urmuster, das allen Lebewesen innewohnt, führte im Laufe der Geschichte zu einer exponentiell steigenden Produktivität. Jede neue Erfindung dient dem Menschen neben ihrer Nutzbarmachung als Baustein für eine noch höherwertige Produktionshilfe. Die Agrargesellschaft verwandelte sich zur Industriegesellschaft. Die Marktübersättigung für Produkte des ersten und des zweiten Sektors und die fortschreitende Erhöhung der Einkommen und der Nachfragepotenz setzten Kapazitäten und Marktmöglichkeiten für den *Dienstleistungssektor* frei. Heute finden gut die Hälfte aller beschäftigten Schweizerinnen und Schweizer ihren Verdienst in Banken, Versicherungen, Verkehr, Verwaltung, Werbung, Tourismus, Gastgewerbe, Kunst, Freizeitindustrie, Gesundheit, Erziehung und anderem mehr.

Infolge der relativ geringen Rationalisierungsmöglichkeiten im tertiären Sektor wirkt dieser als *Expansionsgefäss* für den stetigen, technisch bedingten Abbau an Arbeitsplätzen im industriellen Sektor. Tiefgreifend — dies sei nur nebenbei bemerkt — sind Auswirkungen, die sich in der Gesellschaftsstruktur durch den Wandel von der einstigen bäuerlichen Grossfamilie zur heute in der Regel vierköpfigen Gemeinschaft ergeben haben.

Die Produktivität steigt auch heute weiter. Es ist eine Illusion zu glauben, der Dienstleistungssektor liesse sich beliebig aufblähen und absorbiere laufend frei werdende Arbeitskräfte des Industriesektors. Vielmehr sind Sättigungserscheinungen auch im Dienstleistungssektor sichtbar, zum Beispiel im Bereich der Massenkommunikation. Zahlreiche westliche Industrieländer mit einem noch grösseren Dienstleistungsanteil am Sozialprodukt weisen erhebliche

Arbeitslosenquoten auf. Mit einem durchschnittlichen Anteil von gegenwärtig 0,8 Prozent der Arbeitsfähigen steht die Schweiz relativ gut da. So weisen die Bundesrepublik Deutschland 9,6 Prozent, Frankreich 9,1 Prozent, Italien 10,0 Prozent, die USA 10,0 Prozent oder 11 Millionen, Grossbritannien gar 12,8 Prozent oder 3,5 Millionen Arbeitslose auf.

Besonders gravierend ist die Lage in der Dritten Welt. Aber auch in den westlichen Industriestaaten, besonders in den USA und Grossbritannien, erreichen bestimmte sozial schwächere Gruppen wie junge Menschen, Andersfarbige, Frauen, erschreckende Werte von teilweise mehr als 30 Prozent. In der Schweiz sind bestimmte Gruppen stark benachteiligt wie die berufstätige Ehefrau, Invalide und Junge, die soeben ihre Lehre abgeschlossen haben.

Die psychosozialen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit sind oft erschütternd. Einige Stichworte mögen genügen:

- Abbau des Selbstwertgefühls (Gefühl, überflüssig zu sein),
- Orientierungslosigkeit, Isolation,
- Zweifel am Sinn des Lebens, erhöhtes Suizidrisiko, erhöhte Suchtanfälligkeit,
- Angst.

Für uns Sozialdemokraten sind die Verhütung und der Abbau von Arbeitslosigkeit eine der vornehmsten Aufgaben. Ich bin überzeugt, dass heute umfangreiche Investitionsprogramme allein das Problem nicht lösen, sondern nur vor sich her schieben, falls sie nicht auf langfristige, ökologisch verantwortbare und qualitative Wachstum fördernde Arbeitsplätze zielen. *Konjunkturreinbrüche* nach dem Muster der dreissiger Jahre sind trotz periodischem Auf

und Ab bei uns nicht wahrscheinlich. Die wirtschaftlichen Erkenntnisse haben heute zu einem Krisenmanagement geführt, das mindestens bei spielender internationaler Zusammenarbeit eine beachtliche Wirksamkeit zeigt. Wichtig ist, dass international eine Verstärkung des Wachstums des Geld- und Kreditvolumens zustande kommt und allgemein langfristig ein ungefähres Gleichgewicht der Staatsausgaben erzielt wird. Um das *Los der armen Länder* zu verbessern, wäre eine intensivere und faire Entwicklungszusammenarbeit von höchster Priorität. Ein *UNO-Beitritt* der Schweiz hätte die Wirkung eines Katalysators für die internationale Verständigung und Zusammenarbeit. Ich bin der Überzeugung, dass die Entwicklungsländer ihren eigenen Weg suchen und finden müssen. Eine Nachahmung unserer Zivilisation müsste ja in eine Sackgasse führen.

Besondere Aktualität kommt heute den *strukturellen Krisen* unserer Volkswirtschaft zu. Die rasante technologische Entwicklung führt zu immer grösserer Dynamik der Weltwirtschaft. Aufstrebende ausländische Wirtschaftsmächte — ich denke da besonders an Japan — brechen mit solcher Wucht in traditionelle Märkte ein, dass die Angebotschancen drastisch zurückgehen. Wenn ein Land einmal aus dem internationalen Geschäft ist, dann sind gewaltige Zusatzanstrengungen nötig, um das verlorene Terrain zurückzugewinnen, Anstrengungen, denen ein kleines Land wie die Schweiz unter Umständen nicht gewachsen ist. Die Suche nach *neuen Marktnischen* erfordert Innovationsgeist und Flexibilität der Unternehmer und erzeugt oftmals einen fast unerträglichen Anpassungsdruck auf die Belegschaft, dem gerade der ältere Arbeitnehmer oft nicht gewachsen ist. Die Ab-

lehnung der Innovationsrisiko-Garantie durch den «Anti-Staat-Flügel» der FdP entbehrt unter diesem Gesichtspunkt jeder Vernunft.

4. Die Sozialpolitik

4.1 Allgemeine Betrachtung

Sozialpolitik besteht in erster Linie in der Umverteilung von Mitteln zugunsten sozialer Gruppen, die wegen Krankheit, Alter und Invalidität im Produktions- und Marktgeschehen keine genügende Chance mehr wahrnehmen können. Sie geht davon aus, dass alle Menschen das Recht auf ein würdiges Leben besitzen. Eine gesunde Wirtschaft ist die Voraussetzung, dass genügend Mittel für diesen Umverteilungsprozess zur Verfügung stehen. Die Sozialpolitik muss auf den Umstand abgestimmt sein, dass in den hochindustrialisierten Ländern wie der Schweiz ein wesentliches reales Mengenwachstum der Vergangenheit angehört. Damit wird das Ringen zwischen Sozialpolitik und wirtschaftlichen Interessen in Zukunft versteift werden.

Sind unsere Sozialwerke gefährdet?

Hierzu gilt es, einige Feststellungen zu machen:

— Die Schweiz ist auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet wohl das reichste Land unseres Planeten. 1981 betrug das Bruttosozialprodukt (BSP) 194 455 Millionen Franken, was einen Anstieg von nominell 9,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Selbst bei Berücksichtigung der Geldentwertung bleibt ein realer Zuwachs von mehr als 3 Prozent.

Im Jahre 1982 überschritt das BSP die 200-Milliarden-Grenze. Mit 205 000 Franken liegt es *real* immer noch

um 1,5% über dem Vorjahr. Seit 1966 ist eine *reale Verdoppelung des Wertes* aller im Inland produzierten Güter und Dienste, abzüglich der Importe, eingetreten.

— 1982 verzeichneten die drei Grossbanken eine Bilanzsumme von insgesamt 276 Milliarden Franken. Die Gewinnentwicklungen sprechen für sich:

(Mio. Franken)

Bruttogewinn:

SKA 662 + 41%, SBV 731 + 30%, SBG 823 + 35%

Reingewinn:

SKA 303 + 10%, SBV 370 + 15%, SBG 438 + 15%

Wenn man bedenkt, dass das Bestreben einer Unternehmung dahin geht, möglichst hohe Gewinne zu realisieren und möglichst niedrige Gewinne auszuweisen, was ja legal ist, dürfen die obigen Zahlen keineswegs als übertrieben angesehen werden.

— Die Schweiz zählt nach kürzlichen Presseberichten rund 40 000 Vermögensmillionäre. Diese Zahl wurde aus den Steuererklärungen ermittelt. Die realen Vermögen dürften daher um einiges höher liegen. Die Verteilung spricht für sich: Auf 1,2 Prozent der Schweizer entfallen 111 Milliarden oder 35,7 Prozent des gesamten Volksvermögens von total 310,8 Milliarden.

Neben diesen *Reichtumsindikatoren* weisen weitere Grundgrößen auf Wohlstand und Stabilität hin. So betrug der Anstieg des Landesindex der Konsumentenpreise im August nur 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das schweizerische Zinsniveau ist im internationalen Vergleich relativ niedrig und stabil.

Die zu melkende Kuh darf als wohlgenährt bezeichnet werden. Es ist nicht Unterernährung, die sie plagt, sondern eher

die dicke Fettschicht, die das Tier träge macht.

4.2 Ansatzpunkte zur Sozialpolitik heute

4.2.1 Arbeitszeit

Von Arbeitnehmerseite her sind bereits wertvolle Lösungsvorschläge gemacht worden. Sie gehen im Grundgedanken davon aus, die im umgekehrten Verhältnis zur steigenden Produktivität geringer werdende Arbeitsmenge so zu verteilen, dass sich die Gefahr der Arbeitslosigkeit verringert. Ich zähle einige Beispiele aus jüngster Zeit auf:

— Forderung des Föderativverbandes nach einer flexiblen Pensionierung. Rücktrittsalter für Frauen ab 60 und für Männer ab 62 Jahren für das Bundespersonal. Ohne Zweifel hätte eine solche Lösung eine Schrittmacherwirkung auf die Privatwirtschaft.

— Die Ferieninitiative des schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SBG).

— Die stufenweise Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden einerseits durch Gesamtarbeitsverträge, andererseits durch eine soeben lancierte 40-Stunden-Wochen-Initiative des SGB.

Eine *interessante Studie* der Gewerkschaft Bau und Holz zur Beschäftigung im Baugewerbe ist kürzlich erschienen. Sie kommt zum Ergebnis, dass durch die Einführung der 40-Stunden-Woche bis ins Jahr 1990 rund 15 000 infolge des Produktionsfortschritts gefährdete Arbeitsplätze erhalten werden können. Im Bericht sind zahlreiche Beispiele für die Schaffung ökologisch sinnvoller Arbeitsplätze im Sinne des *qualitativen Wachstums* aufgezeichnet:

— Energiesparmassnahmen,

— Investitionen in den öffentlichen Verkehr wie Sanie-

rung von Bahnhöfen und unbewachten Bahnübergängen.

Für jene Arbeitsplätze, wo dies von der Aufgabe her möglich und für den Betroffenen finanziell tragbar ist, soll vermehrt auch die Wahl zwischen dem Beschäftigungsgrad und dem entsprechenden Gehalt möglich werden. Mit einer *Arbeitszeit à la carte* eröffnen sich dem Menschen neue Horizonte der Freiheit und der Lebensgestaltung. Diese Lösung scheint mir vorab für behinderte Mitmenschen, Mütter von grösseren Kindern und gesundheitlich angeschlagene Menschen geeignet. Der Arbeitnehmer könnte zum Beispiel zu Hause Arbeiten nachgehen, die zwar in der Regel nicht in Geld ausgedrückt werden, aber dessen ungeachtet einen materiellen wie auch gesundheitlichen Wert besitzen wie Gartenarbeiten, selbständige Erledigung von Reparaturen ohne den Fachmann, Ausbau oder Umgestaltung der Wohnung (vor allem bei Wohneigentum), Kinderhütendienst usw.

4.2.2 Sozialversicherungen

● *Arbeitslosenversicherung*

Am 1.1.1984 treten die neuen Verordnungsbestimmungen des Bundesrates in Kraft. Danach beträgt die Arbeitslosenentschädigung 70 Prozent des versicherten Verdienstes für Nicht-Verheiratete, 80 Prozent für Verheiratete. Weiter sind gewisse Bezugstaggrenzen festgelegt. Neu und sehr positiv ist die Insolvenzenschädigung, mit der gewisse Lohnforderungen der Arbeitnehmer bei Konkurs des Arbeitgebers gedeckt werden. Als fortschrittlich darf die Finanzierung präventiver Massnahmen wie die Umschulung und die Weiterbildung bezeichnet werden.

● *2. Säule*

Am 1.1.1985 soll das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invaliden-

vorsorge (BVG) in Kraft treten. Damit geht ein langes und mühevolleres Ringen zu Ende. Man darf froh sein, dass eine weitere Lücke im Sozialversicherungssystem geschlossen wird. Trotzdem bleiben einige unschöne Eindrücke. Die konservative Mehrheit des Ständerates hat bekanntlich unter Missachtung der Verfassungsbestimmung den Verzicht auf die gesetzliche Regelung der Teuerungszulagen — mit Ausnahme der sogenannten Langzeitrenten — durchsetzen können. In das gleiche Kapitel gehört der Verzicht auf die gesetzliche Verankerung von Mindestleistungen. Man wünscht sich manchmal, der Stimmbürger würde solche Manöver bis zu den nächsten Wahlen im Gedächtnis behalten.

Die Invalidenversicherung zählt heute 109 000 Rentenbezüger. Bedeutung und Umfang dieser Versicherung können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Das Bundesgesetz über die IV und jenes über die Ergänzungsleistungen sind dringlich zu revidieren. Dabei ist die Mitwirkung der Behinderten und ihrer Organisationen die beste Gewähr für die Verhinderung von Schreibtischlösungen. Hauptpunkt einer rasch zu verwirklichenden Teilrevision ist die verfeinerte Rentenabstufung. Das Wahlrecht der Behinderten bezüglich der Werkstätten und Wohnheime darf nicht deshalb erschwert werden, weil die Behindertenhilfe grundsätzlich eine Domäne der Kantone darstellt. Ich möchte in diesem Zusammenhang den Entwurf zu einer Vereinbarung über die zwischenkantonale Defizitregulierung und eine schweizerische Heimpolitik unseres Kollegen und Genossen, Regierungsrat Florian Schlegel, als positiven Beitrag für eine interkantonale Zusammenarbeit erwähnen. Der Text zu dieser Vereinba-

rung ist soeben in die Vernehmlassung an die Kantone gegangen.

Dringend ausbaubedürftig sind die Ergänzungsleistungen. Erforderlich sind eine Straffung und Zusammenlegung der IV-Kommissionen und -Sekretariate sowie der Regionalstellen, wie dies im Bericht der Studienkommissionen für das zweite Paket Aufgabenneuverteilung zwischen Bund und Kantonen vorgesehen ist. Diese Stelle müsste unter der Obhut des Bundes stehen, damit die Leistungssprechung über das ganze Land einheitlich und gerecht, ohne die heutigen Unterschiede zwischen den Kantonen, erfolgen könnte. Die beiden Halbkantone BL und BS haben in diesem Sinn zwei Standesinitiativen beim Bund eingereicht. Eine Ständeratskommission unter Emilie Lieberherr hat sich zumindest zur verfeinerten Rentenabstufung positiv geäußert. Die Teilrevision soll rasch, wenn möglich vor der 10. AHV-Revision, erfolgen.

● *AHV*

Es ist längst bekannt, dass im Bereich der Altersversicherung grosse Einkommensunterschiede bestehen. So verdienen 20 Prozent aller Rentnerinnen und Rentner weniger als 12 800 Franken.

Ab 1.1.1984 — ein sozialpolitisch wichtiges Datum — erhalten AHV- und IV-Rentner durchschnittlich 11,3 Prozent Teuerungszulage auf ihre Renten.

Politische Wellen wird die Realisierung der 10. AHV-Revision werfen. Die Sozialdemokraten setzen sich für die getrennte Rente bei Ehepaaren und die Beibehaltung des Berechtigungsalters für die Frau von 62 Jahren ein.

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, wollte ich auf die Auswirkungen des *flexiblen Rentenalters* und die *Arbeitszeit à la carte* auf die So-

zialversicherung zu sprechen kommen. Sicher müssen die Konsequenzen durch den mündig entscheidenden Menschen gesehen und akzeptiert werden, bevor er seinen Entschluss fasst.

Trotz gewisser professoraler Unkenrufe braucht uns die Finanzierung der AHV vorerst kein Kopfzerbrechen zu bereiten. Unser grosses Sozialwerk steht finanziell kerngesund da. 1982 betrug der Überschuss der AHV-Rechnung 583 Millionen Franken. Im ersten Semester 1983 sind es sogar 549 Millionen. 1983 dürfte aller Voraussicht nach die Milliardengrenze überschritten werden. Auch bei einem Stillstand des realen Volkseinkommens ist die AHV bis ins Jahr 2000 ohne Erhöhung der Beitragsprozente gesichert.

Grössere Sorgen muss uns die mit Botschaft vom 19.8.1981 des Bundesrates veröffentlichte Revision der Kranken- und Mutterschaftsversicherung bereiten. Einer Odyssee gleichen die beispiellosen Fahrten und Irrfahrten in der bald hundertjährigen Entstehungsgeschichte der Krankenversicherung. Heute liegt ein Konglomerat öffentlich-rechtlicher und privater Elemente als Resultat vielfältiger sich widerstrebender Interessen vor. Fünf Hauptschwächen liegen der Vorlage zugrunde:

— Die Krankenpflegeversicherung bleibt weiterhin freiwillig.

Wir müssen auf einem Obligatorium beharren.

— Das unsoziale Kopfprämiensystem wird beibehalten. Die Finanzierung erfolgt über Beiträge der Versicherten sowie von Bund und Kantonen.

Wir haben in den letzten Jahren gesehen, welche unsichere Grundlage Beiträge der öffentlichen Hand in Zeiten angespannter Bud-

getsituationen bilden. Anzustreben ist eine Finanzierung durch Lohnprozente nach dem Muster der AHV, an welcher die Wirtschaft beteiligt wird.

— Die Kostendämpfungsmassnahmen sind ungenügend.

Es fehlt an Transparenz. Interkantonale Vergleichsmöglichkeiten im Kosten- und Tarifwesen sind kaum möglich. Schuld hieran ist wesentlich ein falsch verstandener Föderalismus.

— Die Prämienungleichheit zwischen Mann und Frau. Die volle Solidarität zwischen den Geschlechtern ist für uns Sozialdemokraten kein Thema mehr.

— Schliesslich fehlt eine gesamtschweizerische Planung für medizinische Spitzentechnologie wie Scanner, NMR-Anlagen, Nierensteinertrümmerungsanlagen usw.

Ich bin froh, dass die SPS an ihrem letzten Parteitag die Lancierung einer weiteren Kranken- und Mutterschaftsinitiative beschlossen hat. Auch die Krankenkassen studieren bekanntlich eine Initiative. Ich hoffe, dass dadurch die Fronten in Bewegung geraten. Wir müssen versuchen, mit den Krankenkassen eine Einheitsfront anzustreben. Am guten Willen unsererseits soll es nicht fehlen.

Die dringlichsten und unbestrittenen Anliegen der Revision müssen aber dessen ungeachtet rasch in einer Teilrevision vorab realisiert werden.

5. Schlussbetrachtung

1982 schrieb ein Basler Professor in der Basler Zeitung über folgendes «Dilemma»:

«Falls es richtig ist, dass die aktive Bevölkerung nur solange zur Umverteilung an

die Betagten bereit ist, als sie selbst mindestens den eigenen Lebensstandard halten kann, liegt die Sicherung des heute Erreichten in der Sozialpolitik im allgemeinen und in der Altersvorsorge im besonderen im Wirtschaftswachstum. Wir stehen vor einem Dilemma:

— Entweder nehmen die Wachstumsraten der schweizerischen Volkswirtschaft wieder eindeutig positive Werte an, sei es von selbst oder aufgrund entsprechender wirtschaftspolitischer Massnahmen,

— oder es kann längerfristig zu einer Revolte der Steuer- und Prämienzahler kommen.

Es gibt demnach nur eine wirksame Waffe gegen die demographische Drohung: Wirtschaftswachstum.»

Wachstum ist kein Fetisch. Die Priorität der Menschheit heisst überleben. *Der Übergang vom Mengen- zum qualitativen Wachstum ist ein umfassendes Gebot. Produzenten und Konsumenten* müssen beschleunigt umdenken. Neben politischem Handeln braucht es hierzu Disziplin und Erziehung. In diesem Rahmen müssen wir Sozialdemokraten für die Verbesserung und Konsolidierung der Sozialwerke eintreten. Dieser Kampf wird wieder härter werden.

Es ist richtig, dass nur eine gesunde Wirtschaft eine moderne Sozialpolitik gewährleisten kann. Ebenso richtig ist aber auch, dass die *Wirtschaft eine gesunde Sozialpolitik braucht*, denn sie stellt ein stabilisierendes Element dar. Eine dritte Voraussetzung muss erfüllt sein: *die Umweltverträglichkeit* unseres Handelns. *Sozialpolitik, Wirtschaft und Umwelt* dürfen nicht Gegensätze sein. Sie müssen sich ergänzen.

Ich zitiere hier zum Schluss die Warnung des Indianerhäuptlings:

«Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fisch gefangen, der letzte Fluss vergiftet ist, werdet Ihr feststellen, dass man Geld nicht essen kann!»

(Referat gehalten an der Schweizerischen Konferenz Sozialdemokratischer Regierungsvertreter vom 16. September 1983)

Für den Beitritt der Schweiz zur UNO

Ist die Schweiz zu gut für die UNO? Oder umgekehrt: Ist die UNO zu schlecht für uns? Solche Fragen werden bei uns ironisch gestellt, aber auch im tiefsten Ernst. Noch immer scheint mehr als die Hälfte der schweizerischen Bevölkerung davon überzeugt zu sein, dass wir nicht zur UNO passen und diese nicht zu uns. Die UNO heisst es in diesem Zusammenhang, sei doch nichts weiter als eine Schwatzbude, und der Völkerbund der zwanziger und dreissiger Jahre habe hinlänglich erwiesen, was ein derartiges Gebilde taugt: wenig im Frieden und noch weniger, wenn scharf geschossen werde. Es hält schwer, solche Ansichten auszurotten. Sie sind falsch, aber populär.

Wer die Zeitgeschichte kennt, muss auch wissen, das UNO und Völkerbund nur sehr wenig miteinander zu schaffen haben. Zwar waren es in beiden Fällen Siegerkoalitionen, die sie begründeten. Doch ihre Entwicklung verlief vollkommen verschieden. Während sich der Völkerbund in den zwanzig Zwischenkriegsjahren nur gerade als Tribüne für Schönredner zu etablieren vermochte, hat die UNO bereits einen doppelt so

langen Bestand, und die Leistungen nicht weniger ihrer Unterorganisationen kann nur ein Ignorant verkennen.

Gewiss, erhebend ist diese Bilanz noch immer nicht, und in Krisenfällen durchkreuzt das Veto sogar Resolutionen. Aber berechtigt ist zumindest die Frage, was ohne die UNO in den Nachkriegsjahren geschehen wäre. Keines der Mitgliederländer hat bisher jedenfalls ihre Aufhebung begehrt, und nicht einmal der Sachverhalt, dass die Vereinten Nationen jetzt zahlenmässig von den DrittWeltstaaten dominiert werden, löste radikale Zweifel an ihrem Nutzen aus. Die UNO ist eine zwar oft und mit Recht kritisierte, aber längst etablierte Institution. Ihren technischen Zweigen gehört auch die Schweiz an, nur dem höchsten Gremium nicht, dem politischen. Soll es dabei bleiben?

Darüber befindet nicht in erster Linie die UNO, sondern die Schweiz, und dass das Volk das letzte Wort hat, ist in der Tat ein weltweites Unikum. Befänden sich auch andere Staaten auf Distanz zur Weltorganisation, wenn dort die direkte Demokratie hätte entscheiden müssen? Die Gegner eines Beitritts meinen: ja. Beweise dafür gibt es allerdings nicht — aber Spekulationen sind immerhin erlaubt. Nur ist mit Mutmassungen keinen Schritt weiterzukommen. Volk und Stände stehen vor dem Entscheid.

Je länger wir uns umhören, desto stärker geraten wir unter den Eindruck, unser Stimmvolk sei, wenn überhaupt, noch dürftig orientiert. Das ist weiter auch nicht verwunderlich. Bevor man in der Schweiz weiss, wann und worüber abgestimmt wird, überschreitet ein politisches Thema selten die Zirkel der Parteien und der wirtschaftlichen Interessenten. Nun aber, knapp vor der Bekanntgabe des Termins, ist die Zeit für eine

vertiefte Information reif. Die zehnte Folge der Zeitbruchreihe Polis nimmt sich des Themas an. Roman Berger, Hans Hang, Willy Spieler, Hans Ott und Urs Altermatt schreiben unter dem Titel «Für den UNO-Beitritt der Schweiz» aus unterschiedlicher Sicht. Auch wenn am Ende alle fünf Autoren zum selben Ergebnis kommen, ist hier sehr viel mehr und auch sehr viel Besseres als eine Propagandaschrift anzukünden.

Den Argumenten, die für einen schweizerischen Beitritt zu den Vereinten Nationen sprechen, begegnen wir auf der unserer Zeit gemässen Stufe. Was war nicht gestern, sondern ist heute die UNO? Und in welcher aktuellen Lage befindet sich die Schweiz, die mit Nord- und Südkorea allein noch abseits steht? Es werden auch nicht allein die Vor- und Nachteile schweizerischer Zugehörigkeit aufgereiht, sondern auch unsere Solidaritätsverpflichtungen sichtbar gemacht. Keineswegs nur die pragmatische Ebene also zählt, wie Lukas Vischer schon im Vorwort betont. Vielmehr geht es um das Engagement des Neutralen in einer veränderten Welt, die Sonderstellungen immer schlechter verträgt.

Was diese Autoren glaubwürdig macht, ist die Gelassenheit ihrer Argumentation: keine Gehässigkeit und kaum je polemische Ausfälle. So viel allerdings steht für sie fest: Eine fundierte Alternative ist nicht mehr auszumachen, woher wir diese Beitrittsfrage auch betrachten. Andere mögen zu anderen Urteilen kommen — der Verfasser dieser Besprechung jedenfalls nicht.

Oskar Reck

Für den UNO-Beitritt der Schweiz; Roman Berger, Hans Hang, Willy Spieler, Hans Ott und Urs Altermatt; Zeitbuchreihe Polis, Verlag Friedrich Reinhardt, Basel.